

Zusammengestellt von:
Tuuli-Marja Kleiner und Eva Mey

Gesellschaftliche Säulen der Demokratie: Legitimität, Identität und Partizipation

**kultur- und
sozialwissenschaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	5
	<i>Tuuli-Marja Kleiner und Eva Mey</i>	
 Teil I: Identität		
Kapitel 1	Wir in Europa	17
	<i>Viktoria Kaina</i>	
Kapitel 2	Imagining Europe: everyday narratives in European border communities	37
	<i>Heidi Armbruster, Craig Rollo und Ulrike H. Meinhof</i>	
Kapitel 3	Zur Bedeutung "Transnationalen Sozialkapitals": Sind Grenzgebiete Laboratorien sozialer Integration in Europa?	53
	<i>Susanne Rippl, Anke Petrat, Angela Kindervater und Klaus Boehnke</i>	
Kapitel 4	European identity and European citizenship in three "Eurocities": a sociological approach to the European Union	54
	<i>Adrian Favell</i>	
Kapitel 5	Who are the Europeans and how does this matter for politics?	55
	<i>Neil Fligstein</i>	
 Teil II: Legitimität		
Kapitel 6	Politische Legitimität	56
	<i>Daniela Braun und Hermann Schmitt</i>	
Kapitel 7	Die Begründung demokratischer Politik in Europa. Zur Unterscheidung von Input- und Output-Legitimation bei Fritz W. Scharpf	86
	<i>Peter Kraus</i>	
Kapitel 8	Germans Divided? Political Culture in a United Germany	87
	<i>Russell J. Dalton und Steven Weldon</i>	
Kapitel 9	Reflections and Findings on the Critical Citizen. Civic Education - What For?	88
	<i>Brigitte Geißel</i>	
Kapitel 10	Assessing the Legitimacy of European Treaty Revisions	89
	<i>Thomas Risse und Mareike Kleine</i>	
Kapitel 11	Competing Models of EU Legitimacy: the Test of Popular Expectations	90
	<i>Piret Ehin</i>	

Teil III: Partizipation

Kapitel 12	Politische Partizipation <i>Jan van Deth</i>	91
Kapitel 13	Wie viel und welche Partizipation braucht die Demokratie? <i>Thomas Zittel</i>	113
Kapitel 14	Klassenspezifische Wahlabstinenz – Spielt das Vertrauen in politische Institutionen eine Rolle? <i>Andreas Hadjar und Dennis Köthemann</i>	125
Kapitel 15	Reinventing Europe. Social Movement Activists as Critical Europeanists <i>Donatella della Porta</i>	126
Kapitel 16	Europaspezifische Einstellungen und Wahlbeteiligung bei Europawahlen 1979–2009 <i>Markus Steinbrecher</i>	144

Einleitung: Gesellschaftliche Säulen der Demokratie

Die Herausforderungen, denen sich die Mitglieder der Europäischen Union heute gegenübersehen, scheinen im Wachsen begriffen: Die zunehmende soziale Ungleichheit infolge wirtschaftlicher Rezession, bewaffnete Konflikte an den Außengrenzen der EU, tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen im arabischen Raum, anschwellende Flüchtlingsströme und die mit all diesen Phänomenen einhergehenden Ängste und gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen (vgl. Kleiner 2015) lassen die Anforderungen an demokratisches Regieren steigen. Hinzu kommt, dass die empirische Forschung in den westlichen Industrienationen seit Jahren ein Sinken im Vertrauen der Menschen in ihre politischen Systeme beobachtet, bis heute jedoch nicht geklärt werden konnte, wie diese Entwicklung genau zu interpretieren ist und welche Bedeutung sie für die Qualität und letztlich auch die Stabilität der demokratischen Regime hat (Pickel/Pickel 2006, S. 51ff).

Dabei sind gerade die demokratischen Systeme auf die Unterstützung ihrer BürgerInnen angewiesen, denn ein System, dessen Staatsmacht vom Volke ausgeht, kann auf Dauer – und ganz besonders in Krisenzeiten – nur funktionieren, wenn das Volk die Geltung dieses Systems und seiner Teile nicht in Frage stellt, sondern vielmehr unterstützt (Almond/Verba 1963; Easton 1965; 1975).

Sowohl in der normativen als auch in der empirischen Demokratieforschung herrscht allgemein Einigkeit darüber, dass zwei Formen der Staatsbürgerorientierungen für eine funktionierende und stabile Demokratie modernen Zuschnitts als unabdingbar gelten: Die politische Unterstützung ihrer Bürger einerseits und deren politische Involvierung andererseits (vgl. Gabriel/Vetter 1999; Vetter 2011). In Anlehnung an die Begründer der politischen Kulturforschung Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) sowie David Easton (1965; 1975) wird dabei *erstens* davon ausgegangen, dass politische Systeme vor allem dann die Unterstützung ihrer BürgerInnen erfahren, wenn diese sich mit dem System als Ganzes und/oder ihrer politischen Gemeinschaft identifizieren. Sich als Teil eines Kollektivs oder als BürgerIn eines politischen Systems zu verstehen, lädt die Beziehung des Individuums zum Kollektiv/System emotional und häufig genug sogar moralisch auf, wodurch solidarisches Verhalten untereinander bzw. die Unterstützung des System gefördert wird (Kleiner 2013, S. 68).

Zweitens wird in Anlehnung an Max Weber (1964) angenommen, dass für die Stabilität eines politischen Regimes der Glaube an seine Rechtmäßigkeit eine bedeutende Rolle

spielt. Zwar gibt es in jeder Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad unterschiedliche Vorstellungen davon, was eine Demokratie im Einzelnen ausmacht und wie deren genaue Ausgestaltung auszusehen hat. Letzteres hat zur Folge, dass nahezu jede politische Entscheidung nicht nur Befürworter, sondern auch Gegner findet und es daher beinahe zwangsläufig zu Enttäuschungen kommt (Gabriel 1999, S. 200; Warren 2001, S. 1). Um mögliche Spannungen bearbeiten zu können, ist es allerdings gerade bei bestehender Heterogenität auch notwendig, dass die BürgerInnen die existierende politische Ordnung und ihre Funktionslogiken als „rechters“ anerkennen. Nur wenn sie die Grundidee des Systems und die Überzeugung, dass die vorhandenen Strukturen und Prozesse weitgehend rechtschaffen sind, miteinander teilen, dann werden sie als Betroffene die allgemein verbindlichen Entscheidungen, die aus einem solchen System hervorgehen, auf Dauer auch akzeptieren (vgl. Lipset 1959).

Drittens ist aus der Tradition der Aufklärung die Vorstellung entstanden, dass die Qualität und Stabilität demokratischer Regime von der politischen Involvierung ihrer Mitglieder abhängen. Gemäß der Auffassung von der Notwendigkeit eines autonomen Individuums bemisst sich die Qualität einer Demokratie aus dieser Perspektive vor allem am Grad der bürgerschaftlichen Beteiligung (vgl. u.a. Pateman 1970; Habermas 1992; Barber 1994). Je umfassender die Bürger in den politischen Entscheidungsprozess mit einbezogen sind, desto positiver fällt die demokratische Bewertung eines politischen Regimes aus (Vetter 2004, S. 125).

Alle drei Bedingungen – Identität, Legitimität und Partizipation – sind in Demokratien keine Selbstverständlichkeit. Vielmehr stellen sie die *gesellschaftlichen Säulen* funktionierender Demokratien dar, die keine abschließende Form haben, sondern sich immerfort in Entwicklung und Fluss befinden, weshalb ihre Generierung aus der Sicht des bestehenden demokratischen Systems und der demokratischen Eliten eine fortwährende, aber notwendige Herausforderung darstellt. Dabei existieren und wirken diese drei gesellschaftlichen Säulen demokratischer Systeme keineswegs unabhängig voneinander. So führt eine geringe Inanspruchnahme des Wahlrechts seitens der BürgerInnen nicht nur zu einer verminderten Repräsentation der bürgerlichen Interessen im politischen Geschehen, sondern schwächt auch die Legitimationsbasis der Regierung und ihrer Arbeit (Hadjar/Köthemann 2014, S. 52). Ebenso scheinen die sogenannte Input-Legitimität politischer Systeme als "government by the people" und eine daraus abgeleitete bürgerliche Gehorsamspflicht an eine belastbare Identifikation der BürgerInnen mit der politischen Gemeinschaft gebunden zu sein (vgl. Scharpf 1999, siehe auch Kraus 2004, S. 560).

Konzeption und Ziele dieses Kurses

Dieser Kurs setzt sich aus zwei Arten von wissenschaftlichen Beiträgen zusammen: Konzeptionelle Überblicksartikel und empirische Studien. Der Auswahl und Zusammenstellung der Beiträge liegen folgende Zielsetzungen zugrunde: Erstens sollen die Studierenden die drei eben beschriebenen Konzepte in ihrer Begrifflichkeit kennenlernen und verstehen. Zweitens wird den Studierenden ein kurzer Einblick in die Konzeptentwicklung, den aktuellen Stand der jeweiligen Forschung sowie noch bestehende offene Fragen und Forschungslücken vermittelt. Drittens sollen die Studierenden die empirisch-analytische Vorgehensweise wissenschaftlichen Arbeitens erfassen, indem sie sich mit empirischen Forschungsbeiträgen beschäftigen.

Die ersten beiden Ziele sollen mithilfe der thematischen Einführungstexte erreicht werden: So diskutiert **Viktoria Kaina** in ihrem Beitrag *Wir in Europa* die Frage, was genau unter kollektiver Identität zu verstehen ist, betrachtet Identitätsbildungsprozesse in Bezug auf die Europäische Union und erarbeitet Vorschläge zur Konzeptualisierung und validieren Operationalisierung europäischer Identität. Mit dem Konzept der *politischen Legitimität* setzen sich **Daniela Braun** und **Hermann Schmitt** auseinander. Sie zeichnen zunächst die unterschiedlichen Forschungstraditionen nach und fragen anschließend, welche typischen Legitimationsproblematiken von Mehrebenensystemen in der Bundesrepublik und der Europäischen Union auszumachen sind. Der Frage nach der Begründung legitimer demokratischer Herrschaft widmet sich auch der Beitrag von **Peter Kraus**. Unter Bezugnahme auf die Unterscheidung von Input- und Output-Legitimation nach Fritz W. Scharpf führt er in seiner *Begründung demokratischer Politik in Europa* aus, weshalb „gutes Regieren“ und demokratische Legitimität auf EU-Ebene nur auf Basis einer gemeinsamen europäischen Identität möglich erscheinen. Eine Einführung in die politische Partizipationsforschung liefert der Artikel von **Jan van Deth**. Er arbeitet zunächst die Interdependenz von Partizipation und Demokratie heraus. Anschließend gibt er einen deskriptiven Überblick über Formen und Ausmaß *politischer Partizipation* und stellt Ansätze zur Erklärung bürgerlicher Beteiligung vor.

Neben diesen einführenden, konzeptionell angelegten Arbeiten handelt es sich bei den weiteren Artikeln mit wenigen Ausnahmen um empirische Studien. Der Leitgedanke und die wesentliche Zielsetzung hierbei sind es, den Studierenden anhand von Originaltexten aufzuzeigen, wie empirisch-analytische Forschung in der Praxis betrieben wird. Ausgangspunkt dieser Überlegung war die Feststellung, dass das Finden einer geeigneten

Fragestellung für eine Haus- oder Abschlussarbeit sowie deren Konzeption häufig Probleme bereiten. Ein aus unserer Sicht wesentlicher Grund hierfür ist die an der FernUniversität verbreitete Praxis, vorwiegend Lehrbücher und Leitfäden einzusetzen. So wertvoll Lehrbücher in gewisser Hinsicht sind, folgen sie doch einer anderen Logik und Zielsetzung als wissenschaftliche Studien und liefern daher meist nur aufbereitete Ergebniszusammenfassungen bestimmter Forschungsrichtungen, weshalb sie beim Verfassen einer Haus- oder Abschlussarbeit nur bedingt hilfreich sind. Leitfäden wiederum sind meist „trockene“ Anleitungen, deren Anwendung und Umsetzung sich ohne anschauliche Beispiele häufig als schwierig erweisen. Es erscheint uns daher als notwendig, dass sich die Studierenden der FernUniversität zusätzlich mit empirischen Studien im Original auseinandersetzen. Nur so können sie nicht nur die zahlreichen Handreichungen und Anleitungen zum wissenschaftlichen Arbeiten, sondern auch das dahinterstehende Wissenschaftsverständnis und damit verbundene Regeln nachvollziehen. Selbstverständlich stellen diese Studien erst den Anfang dar und es bedarf der eigenen Übung, eine wissenschaftliche Arbeit zu verfassen. Doch nicht mehr – aber auch nicht weniger – soll dieser Reader zusätzlich zur Vermittlung von Wissensinhalten leisten: illustrieren, wie die empirisch-analytische Perspektive zu verstehen ist und Studierenden beim Verfassen der eigenen Haus- oder Abschlussarbeit als Modell dienen.

Die empirischen Studien im Einzelnen

Es war geplant, für jeden der drei Themenbereiche jeweils zwei qualitative und zwei quantitative Studien auszuwählen, die dabei einmal den Bezug zur Europäischen Union und einmal zur Bundesrepublik Deutschland behandeln. Es zeigte sich jedoch, dass qualitativ ausgerichtete Forschungsbeiträge, die sich mit der Legitimität des politischen Systems der Bundesrepublik oder der politischen Partizipation in Deutschland beschäftigen, rar gesät sind, weshalb wir hier mit dem Beitrag von Dalton und Weldon (2010) einmal auf einen eher deskriptiven und mit dem Beitrag von Zittel (2012) einmal auf einen demokratietheoretischen Artikel ausweichen mussten. Einen Überblick über die Studien und deren inhaltliche Ausrichtung gibt die Tabelle 1.

In ihrem Beitrag *Imagining Europe* untersuchen **Heidi Armbruster**, **Craig Rollo** und **Ulrike H. Meinhof** die Bedeutung Europas für die Konstruktion des Selbst in Grenzregionen. Mit Hilfe einer diskursanalytischen Auswertung qualitativer Interviews gehen sie u.a. den Fragen nach, ob die Europäische Union bzw. Europa bei den Bewohnern in Grenzregionen der EU Gefühle der Zugehörigkeit und Identifikation hervorruft und in

welchem Verhältnis eine europäische Identität zur nationalen und zur regionalen Identität steht. Es zeigt sich, dass Europa und die EU häufig erst auf Nachfrage ins Bewusstsein der Befragten rücken und die Meinungen der Menschen über die EU nicht selten wenig eindeutig, sondern vielmehr differenziert und ambivalent sind.

Quelle: Armbruster, Heidi, Craig Rollo und Ulrike Hanna Meinhof. 2003. Imagining Europe: everyday narratives in European border communities. Journal of Ethnic and Migration Studies 29: 885-899.

Tabelle 1: **Überblick über die empirischen Studien dieses Kurses**

		Identität	Legitimität	Partizipation
BRD	<i>qualitativ/ deskriptiv/ theoretisch</i>	Armbruster u.a. (2003)	Dalton/Weldon (2010)	Zittel (2012)
	<i>quantitativ</i>	Rippl u.a. (2009)	Geißel (2008)	Hadjar/ Köthemann (2014)
EU	<i>qualitativ</i>	Favell (2010)	Risse/Kleine (2007)	Della Porta (2010)
	<i>quantitativ</i>	Fligstein (2009)	Ehin (2008)	Steinbrecher (2014)

Eigene Darstellung.

Auch **Susanne Rippl**, **Anke Petrat**, **Angela Kindervater** und **Klaus Boehnke** widmen sich EU-Grenzregionen und fragen, ob *Grenzgebiete Laboratorien sozialer Integration in Europa* sind. Im Gegensatz zu Armbruster u.a. (2003) gehen sie quantitativ vor und verwenden für ihre empirischen Analysen Umfragedaten aus der deutsch-polnischen, deutsch-tschechischen und deutsch-französischen Grenzregion. In Anlehnung an die Sozialkapitaltheorie vermuten sie, dass die besonderen Gelegenheitsstrukturen in Grenzregionen zu Verbundenheitsgefühlen mit Europa sowie der Europäer untereinander führen. Ihre Analysen zeigen jedoch, dass das in den Grenzregionen akkumulierte transnationale soziale Kapital nur in sehr geringem Maße zur sozialen Integration beiträgt.

Quelle: Rippl, Susanne, Anke Petrat, Angela Kindervater und Klaus Boehnke. 2009. Zur Bedeutung "Transnationalen Sozialkapitals": Sind Grenzgebiete Laboratorien sozialer Integration in Europa? Berliner Journal für Soziologie 19: 1-25.

Einen anderen Weg wählt **Adrian Favell**. Er analysiert die *European Identity and European Citizenship* jener EU-Bürger, die ihr Land freiwillig verlassen haben, um in einem anderen EU-Land zu arbeiten und zu leben. Favells Annahme lautet, dass die untersuchte Personengruppe aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Mobilität und aktiven Nutzung europäischer Freiheitsrechte die am stärksten europäisierten BürgerInnen darstellen sollten.

Entgegen dieser theoretischen Annahme zeigen die auf 60 Interviews basierenden Ergebnisse aus drei der sogenannten „Eurocities“, dass dies nicht der Fall ist. In ihrem täglichen Leben konsumieren diese BürgerInnen zwar die Vorzüge der EU, was sich jedoch nicht in ihrem politischen Bewusstsein und Verhalten niederschlägt. Vielmehr sind diese mobilen EU-BürgerInnen entweder politisch wenig involviert oder interessieren sich vorwiegend für die politischen Geschehnisse in ihrem Heimatland.

Quelle: Favell, Adrian. 2010. European identity and European citizenship in three "Eurocities": a sociological approach to the European Union. Politique Européenne 30: 187-224.

Die Überschreitung innereuropäischer Grenzen spielt auch in **Neil Fligsteins** Untersuchung eine Rolle. Um seine Frage *who are the Europeans and how does this matter for politics?* beantworten zu können, führt Fligstein mithilfe von Eurobarometerdaten multivariate Regressionsanalysen durch. Dabei argumentiert er in Anlehnung an Karl W. Deutsch, dass soziale Interaktion über die Landesgrenze hinweg dazu führt, dass die Akteure Gemeinsamkeiten entdecken und sich darüber als Teil einer großen europäischen Gemeinschaft wahrzunehmen lernen, infolgedessen die Ausbildung einer europäischen Identität gefördert wird. Fligstein zufolge bildet sich ein solch europäisches Bewusstsein allerdings entlang sozialer Klassenlinien aus, da nicht alle sozialen Klassen gleichermaßen über die für transnationale Interaktionen notwendigen Ressourcen verfügen. Seine Analysen bestätigen diese Annahme.

Quelle: Fligstein, Neil. 2009. Who are the Europeans and how does this matter for politics? In: European Identity, Hrsg. Jeffrey T. Checkel und Peter J. Katzenstein, 132-166. Cambridge: Cambridge University Press.

Russell J. Dalton und **Steven Weldon** zeigen in ihrem Beitrag *Germans Divided? Political Culture in a United Germany*, dass die politischen Kulturen West- und Ostdeutschlands auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung teilweise noch immer deutliche Unterschiede aufweisen. Westlich und östlich der ehemaligen innerdeutschen Grenze vergleichen die Autoren die nationale Identität sowie die Einstellungen der BürgerInnen zur Demokratie und zur Rolle des Staates. Die Ergebnisse ihrer Analysen zeigen, dass die Unterstützung demokratischer Ideale im Großen und Ganzen ein einheitliches Bild zeichnen, gleichzeitig jedoch Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem aktuellen demokratischen System bestehen: Die Ostdeutschen sehen die in der Bundesrepublik realisierte Ausgestaltung der Demokratie und ihr Funktionieren kritischer als ihre westdeutschen Mitbürger.

Quelle: Dalton, Russell J. und Steven Weldon. 2010. Germans Divided? Political Culture in a United Germany. German Politics 19: 9-23.

Wie solche kritischen Einstellungen demokratiethoretisch und empirisch einzuordnen sind, betrachtet **Brigitte Geißel** in ihrer Abhandlung *Reflections and Findings on the Critical Citizen*. Die Studie basiert auf einer nicht-repräsentativen Befragung aus jeweils drei Kommunen in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Geißel schlussfolgert aus ihren Analysen, dass kritikbereite Bürger – unabhängig von ihrer Zufriedenheit – keine Gefahr für die Demokratie darstellen. Ihrer Meinung nach ist es eher der Mangel an normativer Kritikbereitschaft, besonders wenn dieser mit Unzufriedenheit einhergeht, der aus demokratiethoretischer Sicht Anlass zur Sorge bereitet. Damit rückt Geißel in Abgrenzung zu älteren Studien die normative Kritikbereitschaft und nicht die Zufriedenheit und Unterstützung als Merkmal einer gesunden Demokratie in den Mittelpunkt.

Quelle: Geißel, Brigitte. 2008. Reflections and Findings on the Critical Citizen. Civic Education - What For? European Journal of Political Research 47: 34-63.

In ihrem Beitrag *Assessing the Legitimacy of the EU's Treaty Revision Methods* untersuchen **Thomas Risse** und **Mareike Kleine** die Legitimität der Verfahren zur Vertragsrevision auf EU-Ebene. Ihre Analysen führen sie zu den Schlussfolgerungen, dass die klassische Regierungskonferenz als Verfahren bezüglich ihrer Legitimität eher als problematisch einzuschätzen ist, während die sogenannte Konventsmethode einen Beitrag zur Verbesserung sowohl der Input-, als auch der Throughput- und Output-Legitimation im Verfahren der Vertragsrevision leisten kann. Die verbesserte Legitimation im Konstitutionsprozess zeigt bei der Bevölkerung jedoch nur begrenzte Wirkung. Dies deutet sich in den Negativreferenden zum Verfassungsentwurf in den Niederlanden und Frankreich im Jahr 2005 an, welche von den Autoren als Anzeichen einer wachsenden Skepsis der EU-Bürger gegenüber dem Europäischen Integrationsprozess als Ganzes interpretiert werden.

Quelle: Risse, Thomas und Mareike Kleine. 2007. Assessing the Legitimacy of European Treaty Revisions. Journal of Common Market Studies 45: 60-80.

Die Legitimität der EU aus der Sicht der Bevölkerung steht im Artikel *Competing Models of EU Legitimacy* von **Piret Ehin** im Mittelpunkt. Sie stellt die Frage, welche normativen Kriterien EU-BürgerInnen bei der Beurteilung der Europäischen Union heranziehen. Auf Basis von Eurobarometerdaten aus 25 EU-Ländern kann Ehin mittels Regressionsanalysen zeigen, dass die UnionsbürgerInnen bei der Bewertung der EU die gleichen liberal-demokratischen Standards anlegen, die sie auch auf nationaler Ebene als relevant erachten.

Quelle: Ehin, Piret. 2008. Competing Models of EU Legitimacy: the Test of Popular Expectations. Journal of Common Market Studies 46: 619-640.

In seinem Beitrag zum Verhältnis von politischer Partizipation und Demokratie fragt **Thomas Zittel** *wie viel und welche Partizipation* die Demokratie braucht. Zittel behandelt diese Frage anhand normativer Kriterien der Demokratietheorie und vergleicht die Rolle der bürgerlichen Partizipation des liberalen Demokratiemodells mit Modellen aus der republikanischen Tradition. Seine theoretische Analyse zeigt, dass eine einfache Maximierung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten die Einflusschancen der BürgerInnen auf die Politik nicht unbedingt gleichermaßen verbessert. Vielmehr sind politische Beteiligungsmöglichkeiten im Hinblick auf ihre Wirkung immer im Zusammenhang ihrer kontextuellen Einbettung zu betrachten und zu bewerten.

Quelle: Zittel, Thomas. 2012. Wie viel und welche Partizipation braucht die Demokratie? Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 51: 4-14.

Die Analysen von **Andreas Hadjar** und **Dennis Köthemann** zu *klassenspezifischer Wahlabstinenz* richten sich auf die Frage, welche Rolle dem Institutionenvertrauen bei Unterschieden in der Wahlbeteiligung zwischen sozialen Klassen zukommt. Sie nehmen an, dass soziale Klassen spezifische Wahlgewohnheiten tradieren, und dass das Vertrauen in politische Institutionen für die Nichtwahlabsicht dann Bedeutung erlangt, wenn solche festen Gewohnheiten fehlen. Quantitative Analysen mittels kumulierter ALLBUS-Daten zeigen, dass soziale Klassen in der Tat unterschiedliche Gewohnheiten hinsichtlich ihrer Nichtwahlabsicht haben. So geht die geringqualifizierte Arbeiterschicht deutlich seltener zur Wahl als die obere Mittelschicht. Wenn diese Gewohnheit jedoch wenig ausgeprägt ist, dann scheint das politische Vertrauen Einfluss auf die Wahlabsicht zu nehmen.

Quelle: Hadjar, Andreas und Dennis Köthemann. 2014. Klassenspezifische Wahlabstinenz – Spielt das Vertrauen in politische Institutionen eine Rolle? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 66: 51-76.

Donnatella della Porta betrachtet *Social Movement Activists as Critical Europeanists* und geht der Frage nach, ob und inwiefern sich euroskeptische Organisationen und Aktivistinnen tatsächlich gegen Europäische Institutionen stellen. Ihr Augenmerk liegt dabei auf zivilgesellschaftlichen, transnationalen Bewegungen. Die Auswertung von Interviews mit Aktivistinnen der Europäischen Sozialforen legt ein differenziertes Europabild offen, denn die Kritik der Aktivistinnen bezieht sich weniger auf den Europäischen Integrationsprozess per se, sondern vielmehr auf dessen konkrete soziale und politische Ausgestaltung. Della Portas Einschätzung nach sind diese Aktivistinnen daher eher als kritische Europäerinnen denn als Euroskeptikerinnen zu bezeichnen.

Quelle: della Porta, Donatella. 2010. Reinventing Europe. Social Movement Activists as Critical Europeanists. In: The Transnational Condition: Protest Dynamics in an Entangled Europe, Hrsg. Simon Teune, 113-128. New York: Berghahn Books.

Markus Steinbrecher schließlich untersucht in seiner Studie zu *europaspezifischen Einstellungen und Wahlbeteiligung bei Europawahlen* die Erklärungskraft des Euroskeptizismus für die abnehmende Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen. Mithilfe von Daten der statistischen Ämter der EU und der Mitgliedsstaaten sowie Umfragedaten aus den Eurobarometer-Studien und den Europäischen Wahlstudien analysiert er, welchen Einfluss die (fehlende) Unterstützung der europäischen Integration auf die Wahlbeteiligung hat. Im Aggregat zeichnen sich europafreundlichere Länder durch ein höheres Beteiligungsniveau aus, und auch auf der Individualebene zeigen sich Befragte, die die europäische Integration positiv bewerten, bei Europawahlen wahlfreudiger. Steinbrechers Resultaten zufolge ist der Euroskeptizismus jedoch nur ein Erklärungsfaktor unter vielen und nimmt an Bedeutung zur Erklärung der (Nicht)Beteiligung bei EU-Wahlen ab.

Quelle: Steinbrecher, Markus. 2014. Europaspezifische Einstellungen und Wahlbeteiligung bei Europawahlen 1979–2009. Sonderheft der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 8: 211-237.

Soweit die Beiträge im Überblick. Zum Schluss noch ein direkter Hinweis an die Studierenden dieses Moduls: Beim Lesen des Readers werden Sie feststellen, dass nicht alle Beiträge abgedruckt wurden. Einige Artikel müssen über die Universitätsbibliothek der FernUniversität bezogen werden. Der Hintergrund ist, dass die Verlage Abdrucklizenzen verlangen und manche Gebühren so teuer geworden wären, dass wir uns für diese Lösung entscheiden mussten. Alle hier nicht abgedruckten Artikel können Sie über die UB beziehen oder werden Ihnen auf der entsprechenden Moodle-Plattform zur Verfügung gestellt. Eine Anleitung zur Verwendung des VPN-Clients finden Sie auf unserer Lehrgebietsseite (Politikwissenschaft I) sowie auf den Seiten des ZMI.

Tuuli-Marja Kleiner und Eva Mey